

Integrative Sonderschulung (IS) in Regelklassen: Regelungen und Rahmenbedingungen

1. Grundlagen

Einleitung

Gemäss Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) vom 1. Januar 2004 und der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 gilt der Grundsatz der Integration vor Separation von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf. Im Kanton Luzern basiert die Integrative Sonderschulung auf den Grundlagen des Gesetzes über die Volksschulbildung SRL Nr. 400a und der Verordnung über die Sonderschulung SRL Nr. 409.

Das Kantonale Konzept für die Sonderschulung (durch den Regierungsrat genehmigt am 7. September 2012) betont das Primat der integrativen Schulung. Bei jeder Abklärung im Bereich der Sonderschulung muss die Möglichkeit einer Integrativen Sonderschulung (IS) geprüft werden. Lernende, die in der Regelschule nicht genügend gefördert werden können oder die in der Regelschule nicht oder nicht mehr tragbar sind, werden in die Separative Sonderschulung (SeS) aufgenommen.

Eine Integrative Sonderschulung ist eine verstärkte Sonderschulungsmassnahme und setzt eine ganzheitlich-systemische Abklärung voraus. Die Integrative Sonderschulung wird, wie die Separative Sonderschulung, durch die Dienststelle Volksschulbildung (DVS) verfügt.

2. Verantwortlichkeiten

Grundsatz

Die Schulleitung der Regelschule trägt die Gesamtverantwortung für die Schulung aller ihrer Lernenden. Die Lernenden mit Anspruch auf IS sind Schülerinnen und Schüler der Regelschule. Sie haben Anspruch auf alle Leistungen der Regelschule inklusive Schuldienstleistungen (Logopädie und Psychomotorik-Therapie) und ergänzende Tagesstrukturen.

Auftrag und Zuständigkeit der Regelschule

Die Schulleitung der Regelschule ist bei einer IS für Folgendes zuständig:

Organisation

- Sie ist verantwortlich für die Einhaltung des maximalen Klassenbestandes (§§ 25 und 30a der Verordnung über die Sonderschulung).
- Sie übernimmt die Organisation der weiteren Lektionen vor

Ort und die entsprechenden Pensenplanungen der IF-Lehrperson, der Klassenassistenz etc. Die Organisation der Schuldienstleistungen erfolgt in Absprache mit der Schuldienstleitung.

- Sie beantragt bei den Beauftragten für Sonderschulung die allfällige Anpassung einer IS-Massnahme während der Laufzeit einer Verfügung.
- Sie ist zuständig für die Initiierung der periodischen Überprüfung der IS (Anmeldung zur Abklärung und/oder Antragsstellung an die DVS).
- Sie ist zuständig für die Administration der Lernenden.

Zusammenarbeit

- Sie arbeitet in den Bereichen Coaching, Beratung, Unterstützung, Weiterbildung, Fachbesprechungen usw. eng mit der zuständigen IS-Leitung der Sonderschule zusammen.
- Sie unterstützt die IS-Lehrperson, die Klassenlehrperson der Regelklasse sowie die weiteren Fachpersonen und gewährleistet den Anschluss der IS-Lehrperson an das Schulteam.
- Sie unterstützt die Klassenlehrperson in der Rolle als Ansprechperson für die Erziehungsberechtigten.

Anstellung der IS-Lehrperson durch die Regelschule

Die Regelschule kann unter folgenden Voraussetzungen IS-Lehrpersonen direkt anstellen (inkl. Personalverantwortung):

- IS-Lehrperson verfügt über ein Diplom in Schulischer Heilpädagogik (mit EDK-Anerkennung).
- IS-Lehrperson unterrichtet bereits an der Schule.
- IS-Lehrperson ist nicht an der zuständigen Sonderschule angestellt.

Auftrag und Zuständigkeit der Sonderschule

Die IS-Leitung der Sonderschule ist bei einer IS für Folgendes zuständig:

Organisation

- Die Sonderschule stellt die IS-Lehrperson, welche über ein Diplom in Schulischer Heilpädagogik (mit EDK-Anerkennung) verfügt, an, sofern diese bereits an der Sonderschule unterrichtet, bzw. wenn sie an mehreren Regelschulen im Bereich IS tätig ist.
- Sie koordiniert die Leistungen, welche die Sonderschule erbringen muss (Coaching, fachspezifische Fallarbeit, Einbindung der IS-Lehrperson in den fachlichen Diskurs der Sonderschule usw.)

Fachliche Beratung und Unterstützung

- Sie berät und unterstützt die Klassenlehrpersonen, die IS-Lehrpersonen, die Therapeutinnen und Therapeuten, das Schulteam und die Erziehungsberechtigten.
- Sie bietet fachliche und fallspezifische Unterstützung und gegen Abgeltung Weiterbildung an.

Zusammenarbeit

- Sie arbeitet eng mit der Schulleitung der Regelschule zusammen (z.B. in den Bereichen Coaching, Beratung, Unterstützung, Weiterbildung, Fachbesprechungen usw.).

- Sie besucht die IS-Klasse mindestens einmal jährlich und führt mit den IS-Lehrpersonen mindestens zweimal jährlich eine Konferenz durch.

Fachliche Überprüfung

- Sie überprüft die Zusammenarbeit der IS-Lehrperson mit der Klassenlehrperson, den übrigen beteiligten Fachpersonen sowie den Erziehungsberechtigten.
- Sie ist dafür verantwortlich, dass die IS-Lehrperson den Entwicklungsverlauf von Lernenden mit IS dokumentiert.
- Sie beurteilt die fachlichen Leistungen der IS-Lehrperson im Rahmen des Beurteilungs- und Fördergesprächs, sofern die Anstellung durch die Sonderschule erfolgt. Im andern Fall unterstützt sie die Schulleitung der Regelschule bei der Vorbereitung des Beurteilungs- und Fördergesprächs.

3. Vorgehen

Vorgehen und Zuständigkeiten bei der Abklärung

Die **Anmeldungen** an die zuständige Abklärungsstelle haben bis zum **1. Dezember** zu erfolgen.

Die Schulleitung kann gegen den Willen der Erziehungsberechtigten eine Anmeldung bei der abklärenden Stelle einleiten (vgl. §§ 6 und 7 der Verordnung über die Schuldienste),

Der Schulpsychologische Dienst bzw. der Fachdienst für Sonderschulabklärungen der DVS sind zuständig für die Abklärung im Bereich der Sonderschulung.

Die zuständige Abklärungsstelle fasst nach der differenzierten Abklärung einen Bericht. Sie bespricht die Ergebnisse sowie das weitere Vorgehen mit den Erziehungsberechtigten und mit der Schulleitung der Regelschule getrennt. Mit der schriftlichen Einverständniserklärung der Eltern kann die Antragsstellung an die DVS eingeleitet werden.

vgl. „Sonderschulung: Abklärungs- und Zuweisungsverfahren“

Antragsstellung an DVS

Die Antragsstellung erfolgt durch die Schulleitung der Regelschule. Dem Antrag sind der Abklärungsbericht inklusive Empfehlung der Massnahmen für die Sonderschulung, der Schulbericht, weitere Fachberichte sowie die Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten beizulegen. Die **Antragsstellung** hat bis **31. Januar** zu erfolgen. Aus dem eingereichten Antrag lassen sich keine rechtlichen Ansprüche ableiten.

Die Schulleitung kann gegen den Willen der Erziehungsberechtigten einen Antrag auf Sonderschulung bei der DVS einreichen (vgl. § 20 der Verordnung über die Sonderschulung).

Wenn die Schulleitung keinen Antrag auf Sonderschulung stellen will, können die Erziehungsberechtigten trotzdem einen begründeten Antrag auf eine Sonderschulung an die DVS stellen.

Verfügung durch die DVS

Die DVS prüft den Antrag mit der Empfehlung der verstärkten Massnahmen für die Sonderschulung und entscheidet aufgrund

Regelmässige Überprüfung der Massnahmen und Neubeurteilung

der eingereichten Unterlagen über die durchzuführenden Massnahmen oder lehnt diese ab. Bei einem positiven Entscheid erstellt die DVS eine individuelle Verfügung, in der die Mittel zur Förderung sowie deren Finanzierung festgelegt werden (siehe Dokument „*Integrative Sonderschulung (IS) in Regelklassen für Lernende mit einer Behinderung: Tarife*“). Wird der Antrag ablehnend beurteilt, werden die Erziehungsberechtigten zum „Rechtlichen Gehör“ bei der DVS eingeladen.

Die Umsetzung der Sonderschulmassnahme wird in der Regel auf Beginn des neuen Schuljahres verfügt.

Die Laufzeit einer Verfügung wird je nach Behinderungsart individuell festgelegt und beträgt ein bis maximal vier Jahre (siehe „5. Spezielle Aspekte bei den Behinderungen“).

Für die Antragsstellung zur Verlängerung von integrativen Sonderschulmassnahmen ist die Schulleitung der Regelschule zuständig.

Die Schulleitung initiiert die Verlängerung der Sonderschulmassnahmen. Sie nimmt bis spätestens 1. Dezember vor Ablauf der bestehenden Verfügung eine Anmeldung zur Abklärung bei der zuständigen Stelle vor oder stellt im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten und in Absprache mit den beteiligten Fachpersonen bis spätestens 31. Januar einen Antrag mit den entsprechenden Berichten an die DVS.

Eine Abklärung ist zwingend, wenn

- die letzte Abklärung vier Jahre zurückliegt,
- Erziehungsberechtigte und Schule den Förderbedarf der oder des Lernenden unterschiedlich einschätzen und sich bezüglich Weiterführung der Sonderschulmassnahme nicht einig sind,
- grosse Fortschritte erzielt worden sind und keine oder eine andere Fördermassnahme benötigt wird,
- eine ausserkantonale Sonderschulung in Erwägung gezogen wird,
- ein Stufenübertritt ansteht,
- eine Verlängerung der obligatorischen Schulzeit angestrebt wird
- und/oder sich andere wichtige Faktoren verändern.

Der Schulbericht zur IS wird in diesem Fall mit einem schulpсихologischen Abklärungsbericht ergänzt und dem Antrag zur Begründung beigelegt.

Die Anpassung einer verstärkten Massnahme während der Laufzeit einer Verfügung erfolgt in Absprache mit den Beauftragten für Sonderschulung DVS.

Obligatorische Schulpflicht

Die obligatorische Schulzeit nach dem Kindergarten beträgt neun Schuljahre. In der Sonderschulung kann die Schulzeit begründet um weitere 3 Jahre auf 12 Schuljahre verlängert werden, wenn sich diese für die Erreichung der relevanten Lernziele als sinnvoll erweist und die Eingliederungs- und Ausbildungschancen sich damit verbessern.

**Vorbereitung des
Berufseinstieges
oder Übertritt in eine
Erwachsenen-
institution**

Für viele Jugendliche mit einer Behinderung ist der Übergang von der Schulzeit ins Berufsleben nicht einfach. Die Auseinandersetzung mit diesem Schritt muss frühzeitig beginnen. Die Anmeldung bei der IV-Berufsberatung muss rechtzeitig erfolgen, spätestens im 14. Altersjahr. Zudem wird in den letzten Schuljahren der Schritt ins Berufsleben bzw. den Übertritt in eine Erwachseneninstitution intensiv vorbereitet. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit zwischen den Erziehungsberechtigten, der Regelschule, der IV-Berufsberatung, der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) und/oder mit der Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung (DBW).

Abbruch von Massnahmen

Eine integrative Sonderschulmassnahme wird in der Regel auf Ende eines Schuljahres beendet. Ausnahmsweise kann diese vorzeitig abgebrochen werden, beispielsweise aufgrund eines Wohnortswechsel, des Wegzugs in einen anderen Kanton oder durch eine Veränderung des Sonderschulbedarfs.

vgl. „Integrative Sonderschulung: Anstellungsfragen“

4. Finanzierung

Grundsätzliches

Die Kosten für eine IS sind abhängig von den verfügbaren Massnahmen und können je nach Behinderung, Förderbedarf und Situation variieren. Die Umsetzung der verfügbaren Massnahmen muss nachgewiesen werden können.

Die DVS legt die Tarife für die einzelnen Massnahmen für ein Kalenderjahr fest.

Leistungen der Sonderschule, der Regelschule und der Schuldienste

Mit der Verfügung können durch die DVS folgende Leistungen angeordnet und finanziert werden:

a) Leistungen der Sonderschule

- IS-Lektionen (falls Lehrperson bei Sonderschule angestellt)
- Coaching bei Verhaltensbehinderung
- Reisespesen der IS-Lehrperson (bei deren Anstellung durch die Sonderschule) und der IS-Leitung
- Leistungen der IS-Leitungen
- Beratung und Unterstützung der Schulleitung der Regelschule
- fachliche Unterstützung
- Teilnahme an Sitzungen
- Verwaltungskosten

b) Leistungen der Regelschule

- IS-Lektionen (falls Lehrperson bei Regelschule angestellt)
- Zeitgehalt Klassenlehrperson pro IS-Kind
- Pensum der Klassenassistenten, IF- und Zusatzlektionen
- Leistungen der Schulleitung
- Teilnahme an Sitzungen
- Verwaltungskosten
- Nebenkosten (z. B. Dolmetscher)

c) Leistungen der Schuldienste

- Logopädie, Psychomotorik-Therapie
- Sitzungen
- Verwaltungskosten

Auszahlung der Beiträge

Die DVS ist für die Auszahlung der Beiträge verantwortlich.

vgl. „Integrative Sonderschulung: Weisung zur Finanzierung“ und „Integrative Sonderschulung (IS) in Regelklassen für Lernende mit einer Behinderung: Tarife“

5. Spezielle Aspekte bei den Behinderungen

IS von Lernenden mit einer geistigen Behinderung

Anspruchsberechtigung

Anspruch auf eine IS im Bereich der geistigen Behinderung haben Lernende, die aufgrund von spezifisch kognitiven und adaptiven Beeinträchtigungen angewiesen sind auf zusätzliche Förderung und Unterstützung (IQ < 75).

Zuständigkeit

Für die fachliche Unterstützung zu Fragen der geistigen Behinderung sind die Heilpädagogischen Schulen (HPS Luzern-Emmen, Sursee und Willisau) sowie die Heilpädagogischen Zentren (HPZ Hohenrain und Schüpfheim) zuständig. Sie tragen die fachliche Verantwortung für die behinderungsspezifische Förderung der Lernenden sowie für die Beratung der Schule und der Familie.

Die heilpädagogische Schulung innerhalb der Klasse kann je nach Situation durch die IS-Lehrperson der Sonderschule oder durch die SHP- / IF-Lehrperson der Regelschule erfolgen. Die fachliche, behinderungsspezifische Unterstützung durch die IS-Leitung wird dann vor allem in der Planung und Koordination der Förderprozesse geleistet.

Laufzeit der Verfügungen

IS-Massnahmen werden in der Regel für zwei Jahre festgelegt. Damit können die individuell verfügbaren einzelnen Massnahmen regelmässig überprüft und angepasst sowie Stufenübertritte angemessen berücksichtigt werden. Kürzer ist die Laufzeit einer Verfügung bei Neueintritten, länger ist sie bei gut etablierten IS-Massnahmen.

IS von Lernenden mit einer Verhaltensbehinderung

Anspruchsberechtigung

Anspruch auf eine IS im Bereich Verhaltensbehinderung haben Lernende, die aufgrund ihrer Verhaltensbehinderung auf zusätzliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind, welche von der Regelschule nicht angeboten werden können.

Zuständigkeit

Für die Durchführung und Begleitung von IS im Bereich der Verhaltensbehinderung sind die Sonderschulen Schachen und Mariazell Sursee zuständig. Sie tragen die Verantwortung für die spezifische Unterstützung und Beratung der Schule, der Familie und der Lernenden.

Die Unterstützung innerhalb der Klasse erfolgt durch Fachpersonen der Regelschule, die Unterstützung und Beratung der Schule und Familie durch die Sonderschule.

Weitere behinderungsspezifische Aspekte

Die IS bei Verhaltensbehinderung setzt den Fokus primär auf die Unterstützung und Beratung der Schule und der Familie. Neben der Unterstützung der Regelschule wird die Familie des Kindes sozialpädagogisch durch die Sonderschule begleitet.

Die Sonderschule unterstützt das Schulhausteam der Regelschule durch spezifische interne Weiterbildung.

IS von Lernenden mit einer Körperbehinderung

Laufzeit der Verfügungen

IS-Massnahmen werden in der Regel für ein Jahr festgelegt. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass im Bereich Verhaltensbehinderung die individuelle Entwicklung der Lernenden schwierig einzuschätzen und nicht über eine längere Zeit voraussehbar ist.

Anspruchsberechtigung

Anspruch auf eine IS im Bereich Körperbehinderung haben Lernende, die aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung auf zusätzliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind, welche von der Regelschule nicht angeboten werden können.

Zuständigkeit

Für die heilpädagogische integrative Schulung und fachliche Unterstützung im Bereich der Körperbehinderung ist die Sonderschule Rodtegg, Luzern, zuständig. Sie trägt die fachliche Verantwortung für die behinderungsspezifische Förderung der Lernenden sowie für die Beratung der Schule und der Familie. Die heilpädagogische Schulung innerhalb der Klasse kann je nach Situation durch die IS-Lehrperson der Sonderschule oder durch die SHP-/IF-Lehrperson der Regelschule erfolgen.

Weitere behinderungsspezifische Aspekte

Die Massnahmen im Einzelnen werden in Absprache mit der DVS festgelegt.

Laufzeit der Verfügungen

IS-Massnahmen werden in der Regel für ein Jahr festgelegt. Im Einzelfall kann die Laufzeit verlängert werden.

Beratung und Unterstützung (B&U)

Benötigen Lernende keine oder nur wenig Unterstützung bei der Bewältigung des Schulalltags, kann sich die Massnahme auf Beratung und Unterstützung beschränken. Diese umfasst weniger als drei Lektionen und wird von der DVS nicht individuell verfügt. Die Sonderschule Rodtegg stellt für diese Leistungen Rechnung bei der DVS.

IS von Lernenden mit einer Sprachbehinderung

Anspruchsberechtigung

Anspruch auf eine IS im Bereich Sprachbehinderung haben Lernende, die aufgrund ihrer sprachlichen Beeinträchtigung auf zusätzliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind, welche von der Regelschule nicht angeboten werden können.

Zuständigkeit

Für die fachliche Unterstützung im Bereich der Sprachbehinderung sind die beiden Sprachheilschulen Mariazell Sursee und HPZ Hohenrain zuständig. Sie tragen die fachliche Verantwortung für die behinderungsspezifische Förderung der Lernenden und für die Beratung der Schule und der Familie.

Die heilpädagogische Schulung innerhalb der Klasse erfolgt durch die SHP-/IF-Lehrperson der Regelschule oder durch die IS-Lehrperson der Sprachheilschule, welche primär für die Beratung und Unterstützung der Fachpersonen zuständig ist.

Weitere behinderungsspezifische Aspekte

Für die Durchführung der Logopädietherapie ist der kommunale Logopädische Dienst zuständig.

Laufzeit der Verfügungen

IS-Massnahmen werden in der Regel für ein Jahr festgelegt. Im Einzelfall kann die Laufzeit verlängert werden.

IS von Lernenden mit einer Hörbehinderung

Anspruchsberechtigung

Anspruch auf eine IS im Bereich Hörbehinderung haben Lernende, die aufgrund ihrer auditiven Beeinträchtigung auf zusätzliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind, welche von der Regelschule nicht angeboten werden können.

Zuständigkeit

Für die fachliche Unterstützung im Bereich der Hörbehinderung ist der Audiopädagogische Dienst APD des HPZ Hohenrain zuständig. Er trägt die Verantwortung für die behinderungsspezifische Förderung der Lernenden sowie für die Beratung der Schule und der Familie.

Die heilpädagogische Schulung innerhalb der Klasse kann je nach Situation durch die IS-Lehrperson der Sonderschule oder durch die SHP- / IF-Lehrperson der Regelklasse erfolgen.

Laufzeit der Verfügungen

IS-Massnahmen werden in der Regel für ein Jahr festgelegt. Im Einzelfall kann die Laufzeit verlängert werden.

Beratung und Unterstützung (B&U)

Benötigen Lernende keine oder nur wenig Unterstützung bei der Bewältigung des Schulalltags, kann sich die Massnahme auf Beratung und Unterstützung beschränken. Diese umfasst weniger als drei Lektionen und wird von der DVS nicht individuell verfügt. Der APD stellt für diese Leistungen Rechnung bei der DVS.

IS von Lernenden mit einer Sehbehinderung

Anspruchsberechtigung

Anspruch auf eine IS im Bereich Sehbehinderung haben Lernende, die aufgrund ihrer Blindheit oder komplexen Sehbeeinträchtigung auf zusätzliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind, welche von der Regelschule nicht angeboten werden können.

Zuständigkeit

Für die heilpädagogische integrative Schulung und fachliche Unterstützung im Bereich der Sehbehinderung ist das Heilpädagogische Schul- und Beratungszentrum Sonnenberg, Baar, zuständig. Das Zentrum trägt die Verantwortung für die behinderungsspezifische Förderung der Lernenden sowie für die Beratung der Schule und der Familie.

Die heilpädagogische Schulung innerhalb der Klasse erfolgt durch die Sonderschule und kann je nach Situation durch Fachpersonen der Regelschule ergänzt werden.

Weitere behinderungsspezifische Aspekte

Da es sich beim Heilpädagogische Schul- und Beratungszentrum Sonnenberg Baar um eine ausserkantonale Institution handelt, erfolgt die Finanzierung der Massnahme über die Kostengutsprache im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung der Sozialen Einrichtungen IVSE.

Laufzeit der Verfügungen

IS-Massnahmen werden in der Regel für ein Jahr festgelegt. Im Einzelfall kann die Laufzeit verlängert werden.

Beratung bzw. Beratung und Unterstützung (B bzw. B&U)

Benötigen Lernende keine oder nur wenig Unterstützung bei der Bewältigung des Schulalltags, kann sich die Massnahme auf Beratung oder Beratung und Unterstützung beschränken. Diese umfasst ein Pensum zwischen 2 und 10 % und wird von der DVS nicht individuell verfügt. Das Heilpädagogische Schul- und Beratungszentrum Sonnenberg, Baar, stellt für diese Leistungen Rechnung bei der DVS.

Wird bei Beratung und Unterstützung das Pensum von 10% überschritten und sind zusätzliche Unterstützungsmassnahmen notwendig, so muss die abklärende Stelle einen entsprechenden Antrag auf Integrative Sonderschulung bei der DVS einreichen.

Anhang

Links

www.edk.ch

- Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Sonderpädagogischen Bereich

www.volksschulbildung.lu.ch

- Die erwähnten Dokumente sind auf der Webseite der Dienststelle Volksschulbildung zu finden.

Verwendete Abkürzungen

APD	Audiopädagogischer Dienst
B	Beratung
B&U	Beratung & Unterstützung
BehiG	Behindertengleichstellungsgesetz
DBW	Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung
DISG	Dienststelle Soziales und Gesundheit
DVS	Dienststelle Volksschulbildung
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
HPS	Heilpädagogische Schule
HPZ	Heilpädagogisches Zentrum
IF	Integrative Förderung
IQ	Intelligenzquotient
IS	Integrative Sonderschulung
IVSE	Interkantonale Vereinbarung der Sozialen Einrichtungen
SeS	Separative Sonderschulung
SHP	Schulische Heilpädagogik
SPD	Schulpsychologischer Dienst